

# ARBEITER NEWS

**Solidaritätsgruppe mit den iranischen ArbeiterInnen-Deutschland**



**aus dem Iran**

Auszüge aus dem Kommuniqué:

**Der Rat für die Durchführung der 1. Mai-Veranstaltung gibt folgendes Kommuniqué heraus:**

Die iranische Regierung erklärt dieses Jahr (1390 iranischer Zeitrechnung) zum Jahr des Heiligen Krieges der Wirtschaft.

Wir setzen unsere Parole dagegen:

**Dies Jahr ist ein Jahr des Klassenkampfes statt des Jahres des Heiligen Krieges der Wirtschaft!**

Das Regime im Iran führt im Rahmen seiner „Sparmaßnahmen“ einen Sozialkahlschlag gegen die Arbeiterklasse durch. Sie gebraucht religiöse Vokabeln wie „Heiliger Krieg der Wirtschaft“ um den Glauben unter den Massen zu erzeugen, dass diese Maßnahmen notwendig und gerechtfertigt seien. Die Arbeiterinnen des Iran werden nicht nur politisch unterdrückt sondern leiden unter schlechtesten Lebenssituationen: Mini-Jobs, Zeit-Arbeit, Lohndumping und Entlassungen sind ihr Alltag. Die Streichung von Subventionen auf Lebensmittel nach Rezepten von IWF und Weltbank sind ein neuer brutaler Angriff auf die Existenz der Arbeiterinnen. Die Preise für Grundnahrungsmittel und Energie sind bis zum Zehnfachen erhöht worden!

Religiöse Vokabeln sollen helfen, eine Akzeptanz für die Regierungsmaßnahmen zu erzeugen.

Weltweit wächst der Widerstand gegen die Heraufsetzung des Rentenalters, der Arbeitszeit, gegen Entlassungen und Lohndumping. Das kapitalistische System schafft weltweit menschenunwürdige Lebenssituationen. Das hat eine Welle von Widerstand in vielen Ländern hervorgerufen: Von USA, Ländern der europäischen Union bis hin nach Ägypten. Für uns ist der Gegner das gesamtcapitalistische System und nicht nur der gerade herrschende Flügel mit Ahmadineschad. Wir lassen unseren Kampf nicht missbrauchen für das Ziel, nur einen Flügel durch ein anderes kapitalistisches Regime auszutauschen. In unserem Kampf für die Umwälzung der politischen und wirtschaftlichen Situation lehnen wir iranischen Arbeiterinnen jegliche Einmischung durch andere Mächte ab. Wir durchschauen die Lügen der verschiedenen Flügel des kapitalistischen Systems im Inland und im Ausland.

Wir benötigen keine Hilfe oder Unterstützung aus kapitalistischen Staaten: USA, China, Russland, England, Frankreich usw. Für uns iranische Arbeiterinnen unterscheidet sich der Kapitalismus von Ahmadineschad, Khamenei und der Revolutionsgarden nicht prinzipiell von dem der Reformisten und Liberalen wie Karubeie, Mossavi und Khatamie. Egal, ob sie Monarchisten, Nationalisten, Neoliberale oder Religiöse sind, sie streben eine kapitalistische Herrschaft an. Wir konzentrieren uns nur auf unsere klassenkämpferische Kraft und kämpfen durch die Gründung, Erweiterung und Verstärkung unserer unabhängigen Organisationen gegen die Regierung und

die Arbeitgeber. Es hängt von den Kräfteverhältnissen ab, welche Form wir für unsere organisierten Kämpfe wählen. Parallel zu den öffentlichen Massenkämpfen schaffen wir auch geheime Betriebszellen und Komitees.

## **Rat für die Durchführung der 1. Mai-Veranstaltung 1390**

### **Gemeinsame Resolution von 7 Arbeiterorganisationen im Iran anlässlich des Internationalen Tages der Arbeiter - 1. Mai 2011**

Der erste Mai, der internationale Tag der Arbeiter, ist der internationale Tag der Solidarität der Arbeiter und deren Protest gegen Unterdrückung und Ungleichheit im kapitalistischen System. An diesem Tag erinnern die Arbeiter immer wieder an ihren weltweiten Kampf zur Realisierung ihrer Menschenrechte. Die Arbeiter Irans zusammen mit den Arbeitern weltweit feiern diesen Tag jedes Jahr und halten ihre Kundgebungen im Protest gegen die unmenschlichen Verhältnisse ab und versuchen, ihre Stimmen zur Erlangung ihrer selbstverständlichen Rechte zu erheben.

Während die Arbeiter weltweit leidenschaftlich und kämpferisch millionenfach in den meisten Ländern der Welt auf den Straßen gegen ihre Lebensverhältnisse protestieren, sind die Arbeiter im Iran nicht nur ihres Rechtes auf Versammlung und Demonstration beraubt, sondern sie sind auch tagtäglich Opfer schärfster Angriffe auf ihren Lebensstandard. Den Protesten und Forderungen der Arbeiter wird mit Verhaftungen und Gefängnis begegnet. Mit dem sogenannten „Plan zur

Rationalisierung der Subventionen“ des herrschenden Kapitalismus, der die Unterstützung der internationalen kapitalistischen Institutionen genießt, sind sie dabei, noch mehr Arbeiter und deren Familien ins Elend zu treiben und eine freie Meinungsäußerung über diesen Plan wird auch nicht toleriert. Der drastische Anstieg der Energiekosten und die Stilllegung von Fabriken stürzen einerseits tagtäglich tausende Arbeiter in die Arbeitslosigkeit, andererseits wird das Arbeitslosengesetz zum Nachteil der Arbeiter geändert, in den Krankenhäusern und Kliniken der Sozialversicherungen eine Selbstbeteiligung für die Versicherten eingeführt und neue Voraussetzungen für die Auszahlung von Rentenanwartschaften geschaffen sowie die Versicherungsleistungen für die Bauarbeiter gekürzt. Die Anhebung des Mindestlohns um nur 9% wirkt wie ein Hohn, wenn gleichzeitig der Preis für die Grundversorgung astronomisch steigt.

Für Millionen von Arbeiterfamilien, die bereits jetzt nicht in der Lage sind, ihr Existenzminimum zu verdienen, bedeutet diese Entwicklung nicht anderes als eine zunehmende Armut und Verelendung. Wir, die Arbeiter, werden aber nicht untätig dem langsamen Tod unserer Familien zusehen. Wir werden uns gegen den Angriff auf unsere Existenz wehren. Wir werden in geschlossenen Reihen der aufgezwungenen Armut und Verelendung Widerstand leisten. Deshalb rufen wir alle Arbeiter Irans auf, ihre Empörung gegen die aktuelle Lage zum Ausdruck zu bringen und gemeinsam ihre Forderungen zu formulieren. Wir fordern die sofortige Realisierung folgender Forderungen:

1. Bedingungslose Freiheit zur Bildung unabhängiger Arbeiterorganisationen und zur Ausübung von Streiks, Protesten und Demonstrationen. Die Freiheit zur Gründung von Parteien, Versammlungsfreiheit, freie

Meinungsäußerung und Pressefreiheit gehören zu unseren Grundrechten.

Sämtliche von der Regierung geschaffenen Institutionen in den Fabriken und in unserer Nachbarschaft müssen verschwinden, und die vorgenannten Rechte müssen als Grundrechte der Arbeiter und aller Menschen anerkannt werden.

2. Wir lehnen eine Gesellschaft ab, in der sich Reichtum und Kapital in den Händen einer Minderheit konzentrieren, während die Mehrheit der Bevölkerung um das Überleben bangen muss. Während die Streichung der Subventionen für die Grundlebensprodukte zu einer astronomischen Steigerung der Preise führt, ist die Anhebung des Mindestlohns um 9% ein Hohn und eine Beleidigung für die Menschenwürde und das Existenzrecht der Arbeiter. Für uns ist die Anhebung der Löhne um nur 9% gleichzusetzen mit einem Aufzwingen von mehr Armut und Elend in Millionen Arbeiterfamilien. Wir lehnen die jetzige Art und Weise der Bestimmung der Mindestlöhne ab und fordern deren Festsetzung durch legitime Vertreter der Arbeiter und entsprechend dem höchsten Lebensstandard in der Welt. Die Umsetzung des Plans zur Abschaffung der Subventionen muss sofort gestoppt werden.

3. Wir fordern die Abschaffung von befristeten und Blanko-Arbeitsverträgen sowie die Abschaffung von Subunternehmen. Wir verlangen den Abschluss von Verträgen unmittelbar mit den Arbeitern und kollektive Tarifbestimmungen, Arbeitsplatzsicherung und Realisierung höchster Hygiene- und Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz.

4. Lohnrückstände müssen sofort und ohne Ausreden ausgeglichen werden. Die Nichtzahlung des Lohns muss strafrechtlich verfolgbar gemacht werden, und die Arbeiter müssen einen Anspruch auf Schadensersatz bekommen.

5. Massenentlassungen müssen gestoppt werden. Jeder arbeitslose Arbeiter muss einen Anspruch auf ein Arbeitslosengeld haben, das ihm eine menschwürdige Existenz bis zur Wiederbeschäftigung ermöglicht.

6. Einerseits gehört die Organisation für soziale Sicherheit dank der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeiter zu den reichsten Institutionen des Landes, andererseits verlangt diese Organisation nach dem Prinzip der kapitalistischen Gewinnmaximierung eine Selbstbeteiligung von ihren behandlungsbedürftigen Mitgliedern. Sozialversicherungen müssen für alle Mitglieder der Gesellschaft garantiert werden. Die Verwaltung der Organisation für soziale Sicherheit muss durch gewählte Vertreter der Arbeiter übernommen werden.

7. Wir verurteilen das harte Durchgreifen gegen Arbeiterproteste und andere Proteste der Bevölkerung. Wir fordern die Abschaffung der Todesstrafe. Wir fordern die bedingungslose Freilassung sämtlicher inhaftierter Arbeiter und Aktivisten anderer sozialer Bewegungen. Die Verfolgung von Aktivisten muss sofort gestoppt werden. Dem bestehenden Klima der Einschüchterung durch Sicherheitskräfte muss ein Ende gesetzt werden.

8. Wir fordern die Abschaffung aller Gesetze, die die Frauen diskriminieren. Gleiche Rechte für Frauen und Männer in der Familie und in allen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens

müssen bedingungslos garantiert werden.

9. Allen Rentnern muss ein menschenwürdiges und sorgloses Leben garantiert werden. Die Diskriminierung der Rentner bei der Auszahlung der Rente muss aufhören. Ausreichende Krankenversicherung und andere Sozialversicherungen müssen für sie gewährleistet sein.

10. Kinderarbeit muss verboten werden. Umfassende Sozialversicherungen müssen für die Kinder und ihre Eltern garantiert werden. Bildungschancen für die Kinder müssen unabhängig von ihrem Geschlecht und der ethnischen Herkunft, der religiösen Überzeugung und der sozialen Herkunft ihrer Eltern geschaffen werden.

11. Der Wunsch nach Veränderung ist ein unbestreitbares Recht aller Menschen weltweit. Wir unterstützen die Proteste der Bevölkerung in Nahost. Wir verurteilen die Niederschlagung dieser Proteste und alle Abmachungen, die hinter den Kulissen über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen werden, und die den Gang der Geschehnisse zu deren Ungunsten steuern

12. Wir sind ein Teil der internationalen Arbeiterklasse und verurteilen die Entlassung und Diskriminierung der afghanischen Arbeiter sowie der Arbeiter aus anderen Ländern im Iran.

13. Wir bedanken uns für die weltweite Unterstützung unserer Kämpfe und solidarisieren uns mit dem Kampf der Arbeiter in anderen Ländern und betonen mehr als je zuvor die Notwendigkeit einer internationalen Arbeitersolidarität zur Befreiung vom kapitalistischen System.

14. Der 1. Mai muss im Iran als ein offizieller Feiertag anerkannt und im Kalender aufgenommen werden. Verbote und Einschränkungen für Versammlungen an diesem Tag müssen beendet werden.

**Es lebe der 1. Mai.**

**Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter**

1. Mai 2011

*Gewerkschaft für die Beschäftigten der  
Busgesellschaft im Großraum Teheran*

*(„Sherkat-e Vahed“)*

*Freie Gewerkschaft der Arbeiter Irans*

*Delegation zur Wieder-Eröffnung der  
Gewerkschaft der Gebäudemaler*

*Delegation zur Wieder-Eröffnung der  
Gewerkschaft der Metalller*

*Gesellschaft zur Unterstützung der  
Rechte der Arbeiter*

*Komitee zur Gründung von  
Arbeiterorganisationen*

*Koordinationskomitee zur Gründung  
von Arbeiterorganisationen*

---

## **Acht Forderungen der ArbeiterInnen Irans für das Jahr 1390:**

1. Wir werden gegen alle arbeiterfeindlichen Maßnahmen wie Kurzarbeit, Blanko-Arbeitsverträge und Zeitverträge gemeinsam und selbstorganisiert kämpfen.

2. Die Abschaffung von Subventionen ist ein Eingriff, der besonders die schon armen Arbeiterinnen trifft. Wir werden die aktuelle Bewegung zur Verweigerung von Gebührenzahlungen für Wasser, Strom, Gas und Telefon weiterhin unterstützen und verstärken.

3. Wir lehnen die offiziell festgelegten Mindestlöhne in Höhe von 330.000 Tuman (220 Euro pro Monat) ab. Sie liegen sogar stark unter Armutsgrenze! Eine Erhöhung der Löhne lassen sich nicht durch Bitten, Verhandlungen und Verständigung durchsetzen sondern nur durch kämpferische Aktivitäten und Aktionen wie Streiks.

4. Wir verurteilen die Verhaftungen und Entlassungen der ArbeiteraktivistInnen und fordern ihre sofortige Freilassung. Wir werden mit all unseren Kräften für ihre Freilassung kämpfen.

5. Wir ArbeiterInnen kämpfen parallel zu unseren Forderungen für Pressefreiheit, für Redefreiheit und Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Parteigründungen und das Recht auf Streiks. Für die Freilassung aller politischen Gefangenen und das Verbot der Hinrichtungen.

6. Der Sieg Arbeiterinnen ist nur durch organisierte Einheit allen Beschäftigten, d.h.

Industrie Arbeiterinnen, Lehrerinnen, Krankenschwestern, die Beschäftigten in Dienstleistungsberufen, in den Minen, der Landwirtschaft und .... erreichbar.

Wir sehen uns mit allen Arbeiterinnen Irans und denen in aller Welt verbunden und

solidarisch. Wir unterstützen die Forderungen der ArbeitsmigrantInnen, insbesondere

der vielen Arbeiterinnen aus Afghanistan.

7. Um unsere politischen und wirtschaftlichen Forderungen durchzusetzen, kämpfen wir gegen alle Flügel der heimischen Kapitalisten, ob fundamentalistisch oder reformistisch. Im Kampf gegen inländische und ausländische Kapitalisten vertrauen wir nur auf unsere eigene Kraft.

8. Das kapitalistische System profitiert von der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftliche Diskriminierung der Frauen. Wir setzen aller unsere Kräfte dafür ein, um die Frauen bei der Erlangung ihrer Rechte zu unterstützen und damit Kinderarbeit verboten wird.

## **Free Madadi, Osanloo, Shahabi and Ebrahimzadeh**



# Kurznachrichten



23. April: Über 800 Beschäftigte der Reifenfabrik Kian-Tyre (Provinz Tehran) haben sich aus Protest vor dem Vertretungsbüro des Präsidenten versammelt.

Die Fabrik wurde vor vier Wochen durch die Geschäftsführung vorübergehend geschlossen, um die finanzielle Grundlage zur Wiederinbetriebnahme der Fabrik zu schaffen. Als die Beschäftigten am 23. April – an dem Tag, an dem die vierwöchige Frist zu Ende war – in den Betrieb kamen, war weder die Geschäftsführung anwesend noch das benötigte Rohmaterial vorhanden. Ein Teil der Beschäftigten hat seit acht Monaten keinen Lohn bekommen. Nach Gesprächen zwischen Vertretern des Industrieministeriums und den Beschäftigten wurde bekannt gegeben, dass am 24. April ausstehende Löhne der letzten sechs Wochen ausbezahlt würden. Und die Regierung hat eine finanzielle Hilfe in Höhe von 28 Milliarden Tuman (umgerechnet circa 17.500.000 Euro) zur Sanierung und Auszahlung der ausstehenden Löhne bewilligt.

Über 100 Beschäftigte der Ferntelekommunikationsfirma in der Stadt Shiraz haben demonstriert. Seit der Privatisierung dieser Sparte der staatlichen Telekommunikation vor 20 Monaten haben die Beschäftigten mehrere Male wegen Nichtbezahlung der ausstehenden Löhne protestiert.

22. April: 400 Beschäftigte der Textilfabrik Djasur in der Stadt Tabriz haben ihre Arbeitsplätze verloren. Ein aus der Türkei stammender Investor, der ein Darlehen in Höhe von 17 Milliarden Tuman (umgerechnet 10.625.000 Euro) von verschiedenen iranischen Banken bekommen hatte, ist in die Türkei zurückgekehrt und hat die Fabrik dicht gemacht.

Nach Angaben eines Parlamentsmitglieds aus der Stadt Zanzan wurden infolge der Privatisierung des staatlichen Kommunikationssystems über 40 Tausend Beschäftigte entlassen bzw. bestehende Arbeitsverträge nicht mehr verlängert.

Aufstand der Beschäftigten der Petrochemie in Bander-e Imam mit Teilerfolg beendet

Im Petrochemie-Projekt, einem der größten Industrieprojekte im Land, fungieren verschiedene Leiharbeitsfirmen als Arbeitgeber. Um Profitmaximierung und Konkurrenzkampf erfolgreich durchzuführen, werden Beschäftigte in brutalster Art und Weise ausgebeutet. Über 1500 Beschäftigte sind seit dem 11. April in verschiedene Protestaktionen eingetreten. Die Hauptforderung war der Abschluss direkter Arbeitsverträge mit der Geschäftsführung des Projektes statt mit den Leiharbeitsfirmen. Während des Protestes haben die Beschäftigten zahlreiche Solidaritätsbekundungen von anderen Arbeitern in dieser Industriesparte bekommen. Höhepunkt war die Solidaritätsaktion der Beschäftigten der

Petrochemie in der Stadt Mashahr, die an der Protestaktion teilgenommen haben. Die Geschäftsführung musste letztendlich einknicken und nach langer Verhandlung mit den Vertretern der Beschäftigten wurde eine schriftliche Vereinbarung unterschrieben, wonach ein großer Teil der Forderungen in den kommenden drei Monaten realisiert werden muss.

### **Die Arbeiter der Stahlindustrie (Zowbahan) versammeln sich vor Parlament!**

Zahlreiche Arbeiter des größten iranischen Stahlindustrie Betriebs (Zowbahan Isfahan) haben sich auf Protest zu ihren ausstehenden Löhnen am Sonntag vor dem Parlamentsgebäude versammelt und forderten die Abgeordneten des islamischen Parlaments in Teheran ihre Anliegen und ihre Probleme zu berücksichtigen.



### **Protestversammlung der 600 Arbeiter der Iran Tayer Fabrik!**

Am vergangenen Sonntag versammelten sich über 600 Arbeiter der Autoreifen Firma Iran Tayer vor dem Präsidentenbüro auf der Pastor Straße in Teheran. Diese Aktion begann um 08:30 und dauerte etwa 4 Stunden. Die Forderungen der Arbeiter beinhaltete Lohnauszahlung und Lohnzuschläge, die seit Monaten im Rückstand sind.

### **Selbstmord eines Arbeiters!**

Iranian News Agency

Laut Angaben eines Kollegen hat sich am 2. Ordibehescht (iranischer Kalender) einer der Arbeiter der Firma Puzmittelproduktion in Bouin Zahra im Süden von Teheran von der Fabrikdach ins Tode gestürzt. Er hatte aus lauter Verzweiflung, weil er seine Familie nicht mehr versorgen konnte, sich das Leben ein Ende gesetzt.



### **Protestversammlung der Webereifirma Nazenakh vor dem Parlamentsgebäude!**

Der eigentlicher Inhaber die Webereifirma Naze Nakh ist das Ministerium für Wohlfahrt. Da die Arbeiter dieser Firma seit Monaten keine Lohn mehr erhalten haben, versammelten sie sich vor dem Parlamentsgebäude und forderten den Firmeninhaber, also das Ministerium, ihre Löhne zu zahlen. Ob die Abgeordnete des islamischen Parlaments ihre Freunde im Ministerium für die Anliegen der Arbeiter zur Rede stellen, ist selbständig mehr als fragwürdig.

### **Arbeiter der Glassfabrik Miral verlieren ihre Jobs!**

In Folge der Abkürzung und der völligen Streichung der staatlichen Subventionen sind die Preise für Energie, Rohstoffe, Transport zum Teil 10facher gestiegen. Auf der anderen Seite zwingt die unkontrollierte Import der fertigen

Waren die einheimischen Industrie in Knien. Die Konsequenz solcher Volkswirtschaftsfeindlichen Politik ist die Massenarbeitslosigkeit, die viele kleine Betriebe, wie Glasfirma Miral betrifft. Die Firma produziert Glasscheiben für Autos. Allerdings kann seit kurzem nicht mehr mit ausländischen Produkten konkurrieren. Viele Beschäftigte dieser Firma haben ihre Arbeit verloren. Zur Zeit sind nur 10 Arbeiter, die ihre Arbeitsstelle noch behalten dürften.

### Entlassung wegen der Forderung der Lohnprämien!

50 Beschäftigte der Autohersteller Porjala in Teheran verlieren ihren Job, weil sie sich an einer Protestaktion für ihre Lohnauszahlungen, sowie für die einmalige Neujahr Prämie vor dem Firmenbüro teilgenommen haben.



### 550 Arbeiter der Goldminenbetrieb in Agh Dareh sind Arbeitslos geworden!

In Folge der Stilllegung der Agh Dareh Goldminen in Tokab sind über 350 der Zeitarbeiter arbeitslos geworden. Dazu rechnet man die Zahl der Arbeiter, die ebenso ihre Arbeit in der Goldbearbeitungsbereich verloren haben, erreicht man schnell die Zahl 550. Das ist die alltägliche Normalität der Arbeiter unter der islamischen Regierung, die auf einer Seite für die islamische Gerechtigkeit propagiert und auf der anderen Seite das Leben der Arbeiter und ihre Familien systematisch ins Ruine treibt.



Anlässlich der jährlichen Versammlung der ILO (International Labour Organisation) und Teilnahme der Vertreter des arbeiterfeindlichen islamischen Regimes Irans haben fünf französische Gewerkschaften in einem gemeinsamen Aufruf zu Protestaktionen vor dem ILO-Gebäude in der Schweiz (Place de Nations) aufgerufen.

Die International Alliance in Support of Worker in Iran (IASWI) hat alle Arbeiterparteien und Organisationen aufgerufen, den Aufruf der französischen Kollegen zu unterstützen und an den Protestaktionen teilzunehmen.

09.06.2011

11 bis 18 Uhr

Place des Nations

1202 Gene've \_ Swiss

V.i.S.d.P.: Nosrat Taymoorzadeh

[nosrat\\_taymo@yahoo.de](mailto:nosrat_taymo@yahoo.de)